Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtrag-gebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 235. — 83 Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, 7. Oktober 1924

Parteitaktik.

Über die innerpolitische Lage, wie sie sich zurzeit darstellt, wird von parlamentarischer Seite aus Berlin geschrieben:

„Sie können zusammen nicht kommen, die Wasser sind allzu tief." Dieser etwas variierte Vers aus den „Königskindern" paßt gut auf die politische Situation des Augenblicks oder vielmehr der Zeit bis zum nächsten Mittwoch an dem die verschiedenen Parteien beraten wollen. Nachdem nämlich der Kanzler mit den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen Besprechungen zwecks Umbildung und Erweiterung der Regierungskoalition gehabt hat, Besprechungen, die praktisch völlig ergebnislos verlaufen sind, für das Ziel, das sich der Kanzler gesteckt hatte, nämlich die „Volksgemeinschaft", also die Koalition von Hergt bis Hilferding, kann Dr. Marx das Resultat all dieser Besprechungen in den oben zitierten Vers zusammenfassen. Bei den Besprechungen des Kanzlers mit den Beauftragten der deutschnationalen Reichstagsfraktion bezeichneten die deutschnationalen Vertreter den Plan der Einbeziehung der Sozialdemokratie in die Regierung als eine völlig neue Tatsache. Die endgültige Stellungnahme zu den erörterten Fragen wolle die deutschnationale Reichstagsfraktion ebenso wie die Fraktionen der anderen Parteien in der nächsten Woche treffen.

Der Kanzler hat das Menschenmögliche versucht; aber gegen Parteiprogramme kämpfen Götter selbst vergebens. Außerdem ist eine gemeinsame Plattform für diese Volksgemeinschaftsidee des Kanzlers schon deswegen eine Unmöglichkeit, weil die Sozialdemokratie Neuwahlen will und ihre Taktik darauf einstellt. Die Anfragen, die sie an die Deutschnationalen gerichtet wissen will, sind von einer Art, daß selbst die Regierung eine klare Stellungnahme beispielsweise zu der Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens für den Achtstundenarbeitstag ebensowenig zustandebringen könnte wie über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Oder über andere Fragen der künftigen auswärtigen Politik. Gerade aber der Achtstundenarbeitstag soll für die Sozialdemokratie die Hälfte der Wahlparole abgeben, mit der sie etwa bevorstehende Neuwahlen machen will. Die andere Hälfte soll der Feldruf gegen die Agrarschutzzölle abgeben. Wenn es gelingt, den Deutschnationalen die Schuld für das Scheitern der Verhandlungen auf die Schultern zu legen, dann hofft man, daß dem Kanzler als einziger Ausweg nur noch Neuwahlen offenstehen, bei denen man in der sozialdemokratischen Partei die Niederlage vom 4. Mai besonders den Kommunisten gegenüber wieder wettmachen kann.

Die Regierung, also die Koalitionsparteien der Mitte, ist in einer verzwickten Lage. Die Deutsche Volkspartei hat sich durch ihr Schreiben vom 28. August festgelegt auf eine Erweiterung der Regierungskoalition nach rechts. Die grundsätzliche, allerdings durch die Stellung gewisser Bedingungen belastete Bereitwilligkeit der Sozialdemokraten, bei der Regierung mitzumachen, hat also eine ganz neue Situation geschaffen. Ein gemeinsames Arbeiten von Deutschnationalen und Sozialdemokraten in demselben Kabinett ist aber praktisch ausgeschlossen, so daß die Deutsche Volkspartei nun entweder die Sozialdemokraten abweisen oder ihrem Versprechen vom 28. August untreu werden müßte. Auch im Zentrum, wo weite Kreise mehr zu einer Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten hinneigen als mit den Deutschnationalen, ergibt sich doch auch eine sehr starke und einflußreiche Richtung, die an der Heranziehung der Deutschnationalen festhält. Auch in der Demokratie ist der Wille, die Deutschnationalen nach wie vor auszuschalten, nicht so unbedingt, wie ihre Presse es verkündigt. Von Neuwahlen versprechen sich diese Parteien und damit die Regierung nicht viel, sicherlich nichts Entscheidendes. Man hat keine Wahlparole. Man hat aber auch bei den Deutschnationalen, also der Opposition, keine Wahlparole. Kurz, man weiß überhaupt nicht, was man machen soll. Falls man die Deutschnationalen trotz ihres Entgegenkommens, das im Beschluß der Parteivertretung vom 30. September zum Ausdruck kam, von der Teilhaberschaft an der Regierung nach wie vor ausschließen will, etwa dadurch, daß man an sie die Frage stellt: „Wie stellt Ihr Euch zu der bisherigen Politik des Kabinetts Marx? Billigt Ihr sie?" so hat man dort mit schärfster Opposition zu rechnen, die vor allem auch in einem Wechsel in der Person des Parteivorsitzenden zum Ausdruck kommen und an diese Stelle einen Vertreter der schärfsten Tonart bringen soll. Dann hat die Regierung auf der Rechten die schärfste Opposition und ist zur Schaffung einer parlamentarischen Mehrheit auf die Sozialdemokratie angewiesen, die sich ihre Zustimmung zur Regierungspolitik naturgemäß teuer bezahlen lassen wird. Und das kann wieder die Deutsche Volkspartei nicht mitmachen, deren Führer, Dr. Stresemann, von der Sozialdemokratie mit schärfstem Mißtrauen betrachtet wird.

Was soll nun geschehen? Wird die Deutsche Volkspartei ihr Wort wahr machen, daß sie die Heranziehung der Deutschnationalen in die Regierung „mit allen Mitteln" erzwingen will? Vielleicht sogar durch Austritt aus der Regierung im Reich und in Preußen?

Richtlinien des Kanzlers.

Marx will Volksgemeinschaft.

Berlin, 4. Oktober.

Reichskanzler Marx hat, wie man erfährt, gemäß einer bei der Aussprache mit den Beauftragten der Deutschnationalen Volkspartei geäußerten Absicht, bestimmte Richtlinien für die Führung der äußeren und inneren Politik entworfen. Diese Richtlinien sollen die Grundlage für die Zusammenfassung der in Betracht kommenden Parteien bilden. Auf Grund dieser Richtlinien werden die Verhandlungen mit den Fraktionen weitergeführt werden.

Der Reichskanzler soll dem Vernehmen nach trotz der bisher ergebnislosen Verhandlungen nicht geneigt sein, seinen Plan der Volksgemeinschaft aufzugeben. Er wolle vielmehr an ihm festhalten bis zu dem Augenblick, wo sich die absolute Unmöglichkeit seiner Verwirklichung herausstellt. Man erhofft in Kreisen, die dem Reichskanzler nahe stehen, endgültige Klarheit in einigen Tagen, nämlich, sobald die Parteisitzungen stattgefunden haben. Die Demokraten werden bereits Dienstag, Zentrum, Volkspartei und Deutschnationale voraussichtlich spätestens Mittwoch, die Sozialdemokraten Donnerstag ihre Beschlüsse fassen.

*

Kundgebung der Deutschen Volkspartei.

Über die Auffassung der Deutschen Volkspartei zu den Regierungsverhandlungen wird eine Erklärung ausgegeben, in der es heißt, die Verhandlungen dürften nicht durch ein „Frage- und Antwortspiel" verzögert werden. Es müsse vielmehr sofort ein Regierungsprogramm aufgestellt werden, auf Grund dessen mit den Fraktionen zu verhandeln sei. Dann wird weiter gesagt: „Scheitert der Versuch der Bildung einer Regierung von der Deutschnationalen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie, so muß alsbald über die Hinzuziehung nur der Deutschnationalen Volkspartei verhandelt werden. Auch wir sind der Auffassung, daß deren bisherige Stellungnahme noch der Ergänzung und Klärung bedarf. Wir hoffen, daß die Deutschnationale Volkspartei in der Lage ist, ihre Mitwirkung zu dem Regierungsprogramm in loyaler Durchführung der außen- und innenpolitischen Notwendigkeiten zuzusagen. Erfüllt sich diese Erwartung, so darf die Regierungserweiterung durch ihre Zuziehung nicht an prinzipieller Ablehnung durch Fraktionen der Mitte scheitern. Angesichts der Haltung eines Teiles der Presse der Zentrumspartei und der Deutschdemokratischen Partei wird man erwarten dürfen, daß die Sitzungen der beiden Fraktionen die notwendige Klärung bringen. Auf Grund der nach den Maiwahlen zwischen den Fraktionen und zuletzt vom Reichskanzler geführten Verhandlungen über die Regierungsumbildung mit der Deutschnationalen Volkspartei und nach den dieser im August von Zentrumsvertretern gemachten Zusagen dürfen wir bestimmt annehmen, daß die beiden Parteien sich einer Erweiterung der Reichsregierung nach rechts nicht grundsätzlich versagen. Sollte dies dennoch geschehen, so würde sich die Deutsche Volkspartei ihre Handlungsfreiheit vorbehalten."

*

Dr. Jarres tritt zurück.

Dem Vernehmen nach hat Reichsinnenminister Dr. Jarres den Wunsch geäußert, sein Amt niederzulegen und den früher von ihm bekleideten Posten eines Oberbürgermeisters von Duisburg wieder anzutreten. Die Besatzungsbehörde hat dem Minister zwar die Einreise in das besetzte Gebiet gestattet, nicht aber die Wiederaufnahme seiner Dienstgeschäfte. Augenblicklich finden mit der Besatzungsbehörde Verhandlungen über diese Frage statt, deren Verlauf als aussichtsreich bezeichnet wird.

Vorläufig hat man die Entscheidung hinausgeschoben bis zur Mitte dieser Woche. Vielleicht aber kommt gar keine Entscheidung, vielleicht wird der Kanzler mit der bisherigen Koalition, die eine parlamentarische Minderheit ist, weiterregieren und es der Opposition überlassen, den Angriff zu wagen. Das aber würde bedeuten, wie aus den bisherigen Verhandlungen klar geworden, daß seine Ideee der Volksgemeinschaft gescheitert ist.

Die italienische Industrie gegen die Meistbegünstigungsklausel für Deutschland.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 6. Oktober. Der Generalsekretär des Verbandes der italienischen Großindustriellen Olivetti erklärte, wie der „Montag" aus Rom meldet, einem Vertreter der „Stampa", die italienischen Industriellen hätten eine Verlängerung des Zollregimes nach dem Versailler Vertrag verlangt. Diese Regierung wäre aber diesem Verlangen nicht nachgekommen. Olivetti wandte sich auch gegen die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel an Deutschland, weil Deutschland zu große Vorteile davontragen würde.

Caillaux gegen die Nationalisten.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 6. Oktober. Der frühere Ministerpräsident Caillaux hat gestern im Departement Sarthe eine große politische Rede gehalten. Sie ist als Versuch einer Rechtfertigung seiner persönlichen Politik aufzufassen und enthält scharfe Angriffe gegen den nationalistischen Block. Caillaux schilderte zunächst in großen Zügen die politische Lage vor dem Kriege und kam dann eingehend auf Elsaß-Lothringen zu sprechen. Er sagte: Wir haben Elsaß-Lothringen zurückbekommen. Ich werde die Bedeutung dieses Kriegsresultats ebenso wenig verkennen, als ich stets die Auffassung vertrat, daß die Rückgabe der verlorengegangenen Provinzen eines der Ziele unserer Politik sein müsse. Allerdings hatte ich gehofft, daß die Stunde der Gerechtigkeit von selbst schlagen würde. Ich habe geahnt, daß bei Beendigung der Feindseligkeiten die Feder eines nationalistischen Schriftstellers die Worte schreiben würde: Es wäre besser gewesen, wenn wir Elsaß-Lothringen nicht zurückerhalten hätten und der Krieg unterblieben wäre. Wie kommt es, daß ein so überraschendes Geständnis abgelegt werden konnte? Weil der Nationalismus die Opfer an Menschen und Blut nicht zu würdigen verstand, weil er insbesondere, als der Sieg errungen war, aus ihm nicht den entsprechenden Vorteil zu ziehen wußte.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

London, 6. Oktober. Die Tatsache, daß die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen bisher noch keine unmittelbaren Ergebnisse gezeitigt haben, wird von den Pariser Korrespondenten der Presse mit einer gewissen Befriedigung hervorgehoben. Die deutsche Forderung auf Meistbegünstigung in Frankreich wird als eine allgemeine Forderung, die nicht ernst zu nehmen ist, bezeichnet.

Verhandlungen über die deutsche Anleihe

Vor der Unterzeichnung.

Berlin, 5. Oktober.

Reichsfinanzminister Dr. Luther und Reichsbankpräsident Dr. Schacht sind aus London wieder in Berlin eingetroffen. Im Zusammenhang damit wurde schon von einer Unterbrechung in den Verhandlungen über die Auflegung der deutschen 800-Millionen-Anleihe gesprochen. Das ist aber in keiner Weise der Fall. Die Londoner unterrichtete Presse betont einhellig, die Überwindung einiger technischer Schwierigkeiten bedeute höchstens minimalen Zeitverlust.

Ursprünglich sollte die Unterzeichnung der Anleiheverträge schon am nächsten Donnerstag, 9. Oktober, geschehen. Nun ist es möglich, daß noch einige Tage weiterer Frist vor der Unterzeichnung verstreichen. Owen Young, der Generalagent für die Reparationen, hat die Reparationskommission nämlich gebeten, einige Tage mit der zweiten Feststellung über die Ausführung des Londoner Protokolls, die am 6. Oktober erfolgen sollte, zu warten. Young begründet sein Ersuchen damit, daß die verschiedenen Maßnahmen, wie insbesondere die Gründung der neuen Reichsbank, der Eisenbahngesellschaft, sowie die Einsetzung der von dem Dawes-Gutachten vorgesehenen Vollziehungs- und Kontrollausschüsse, noch nicht vor sich gehen konnten. Die Unterzeichnung der Anleiheverträge hängt aber von der geschehenen Feststellung ab.

*

Die neue Reichsbank.

In der außerordentlichen Generalversammlung der Reichsbank am Wochenende sprach der aus London zurückgekehrte Präsident Dr. Schacht über die neuen Bestimmungen für die Reichsbank, die eine von der Reichsregierung unabhängige Bank sein wird. Es kam vor allen Dingen darauf an, dem Institut seine Selbständigkeit zu erhalten. Das neue Kapital der Bank soll 300 Millionen Goldmark betragen. Zu diesem Zweck ist es notwendig, neue Anteilscheine auszugeben, um die gesetzliche Höhe zu erreichen. Das bisherige Kapital von 180 Millionen Papiermark wird im Verhältnis 2 : 1 zusammengelegt, so daß 210 Millionen neue Anteilscheine ausgegeben werden müssen. Dr. Schacht erklärte dabei wiederholt, daß aller Voraussicht nach in der nächsten Woche die Formalitäten der deutschen 800-Millionen-Anleihe erledigt sein werden, so daß also die Anleihe gesichert erscheint.

Edgar Schindler
Meissen-Triebischt.-(Lommatzsch-)Wilsdruff
Reell bedient
SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF